

---

# DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 04/08

---

## 1. Ostermärsche im Jahr 2008

Die Ostermarsch-Bewegung feiert ihren 50. Geburtstag – und auch wenn man eine „positive Bilanz“ ziehen kann (und das tut die Friedenskooperative in einer Presseerklärung – im Internet unter:

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/Ostermarsch2008/baf2.html>),

ist das eigentlich kein Grund zum Feiern.

Nach dem ersten „Ostermarsch“, der im Jahr 1958 von London zur britischen Atomwaffen-Produktionsanlage in Adlermaston führte, verbreitete sich dieser Impuls rasch weltweit. Schon 1960 gab es einen ersten Ostermarsch in Deutschland und seitdem wird regelmäßig für den Frieden marschiert. Doch auch heute, 50 Jahre später, sind die Gefahren, die die ersten Demonstranten mobilisierten, nicht verschwunden. – Auch wenn es ein Erfolg ist, dass heute so wenige Atomwaffen in Deutschland lagern wie seit vielen Jahrzehnten nicht mehr.

Wenn dieses Jahr in Deutschland die Themen Afghanistan, Irak und der Nahost-Konflikt die bevorzugten Themen der bundesweit über 80 Veranstaltungen waren, dann zeigt dies lediglich, dass heute nicht mehr nur allein „die unbeholfene Sorge über die Gefahren der Atomrüstung“ (aus einem Ostermarsch-Flugblatt von April 1960) als Problem erkannt werden, sondern dass weitere Entwicklungen stattgefunden haben, die von der Bevölkerung als bedrohlich empfunden werden. Den Beteuerungen der Bundeswehr zum Trotz scheint die Welt durch ihr internationales Engagement eben nicht sicherer geworden zu sein.

Philippe Starck – „Art Director“ der französischen Regierung für die Zeit der französischen EU-Ratspräsidentschaft – bezeichnete im ZEIT-Magazin Nr.14 (27.3.2008) das Sturmgewehr Kalaschnikow als ein Beispiel von „sehr erfolgreichem Industrie-Design“, da mit keiner Waffe weltweit mehr Menschen erschossen worden seien. Diese Faszination am schrecklich Schönen ähnelt ein wenig der Faszination, mit der in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf die Bilder der (atmosphärischen) Atombomben-Tests reagiert wurde.

So scheint sich die Geschichte zu wiederholen: Auf eine Phase der Akzeptanz gegenüber einer bestimmten Waffe erleben wir heute, wie Kleinwaffen zunehmend in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. – Einerseits wird dies ästhetisch verarbeitet, andererseits wird das zerstörerische Potential erkannt, worauf mit Ablehnung reagiert wird.

So ist es zu begrüßen, dass der 25. Ostermarsch in Würzburg unter dem Motto: „Wir sind wieder wer – Deutsche Soldaten und deutsche Waffen im weltweiten Einsatz“ stand. Getragen von Ökopax (Würzburg), ATTAC (Würzburg) und der DFG-VK (Schweinfurth) forderten rund 150 Teilnehmer: „Deutsche Rüstungsexporte weltweit stoppen! Das Hauptziel deutscher Politik muss eine Welt sein, in der Konflikte mit zivilen Mitteln gelöst werden.“ (siehe im Internet unter: <http://www.oekopax.de/cgi-bin/dynamic.pl?show=ostermarsch>)

Und Heinz Josef Algermissen, Bischof von Fulda und Präsident von Pax Christi, rief in seiner Osterpredigt dazu auf, dazu beizutragen, dass das Osterlicht „in die Orte der Einsamkeit

und Kälte“ hineinscheint. Christen sollen die Steine vor den „Gräbern dieser Zeit“ wegräumen, was beinhaltet, sich nicht nur die individual-ethische Dimension von Sünde zu vergegenwärtigen, sondern auch deren soziale Dimension. So können Christen, im Wissen, dass „Gott in der Auferstehung Jesu eine Kultur des Lebens begründete [...], den Kampf gegen jedwede Todesproduktion aufnehmen: Den Kampf gegen die milliarden schwere Rüstung

## 2. „Tele-Shop Kalaschnikow“ (seit 18.6.2006)

Man stelle sich vor: Ein smarter Verkaufsagent und seine enthusiastische Partnerin verkaufen in der bekannten Tele-Shop-Manier nicht nur Eismaschinen und Dessous, sondern auch Kalaschnikow-Sturmgewehre. Deren „kinderleichte“ Bedienbarkeit wird während der Verkaufssendung demonstriert, indem ein halbwüchsiger Junge einige Schuss auf eine Schaufensterpuppe abgibt, die danach völlig durchlöchert ist. – Und verantwortlich für diesen Werbespot, der bereits 2006 in einigen Kinos gezeigt wurde, sind Oxfam Deutschland und Amnesty International. (vgl. auch: <http://www.rib-ev.de/daks/newsletter-06-06.pdf>)

Gibt es nicht? – Gibt es doch:

[http://www.oxfam.de/a\\_zusatzseite.asp?id=136](http://www.oxfam.de/a_zusatzseite.asp?id=136)  
Das bedeutet jedoch nicht, dass Oxfam oder Amnesty International mittlerweile von der

## 3. Der „Händler des Todes“ ist verhaftet

Es gibt verschiedene Ansatzpunkte, um über die ethische Legitimität von Rüstungsexporten zu diskutieren. Eine Frage, die definitiv einer Klärung bedarf, ist die, ob es gelingt, die geltenden Exportstandards einzuhalten.

Victor Bout ist das Paradigma, das zeigt, dass die Einhaltung der rechtlichen Standards in den 1990er Jahren nicht gewährleistet werden konnte. – Am 6. März wurde der mit internationalem Haftbefehl gesuchte Bout in Thailand vorläufig festgenommen.

Die US-Drogenbekämpfungsbehörde („Drug Enforcement Administration“ – DEA), auf deren Antrag hin die Verhaftung erfolgte, ermittelte gegen Bout wegen einer geplanten Lieferung von Waffen an die kolumbianischen

und gegen die Todesstrategien des Aushungerns der Armen. Aber auch den Kampf gegen die Tötung und Verzweckung des ungeborenen menschlichen Lebens sowie gegen die Euthanasie, die sich hinter dem Begriff „aktive Sterbehilfe“ verbirgt.“

Sollte dies ein Impuls für eine neue Ostermarsch-Initiative sein?

Rüstungsindustrie unterwandert wurden, denn hinter diesem Film steht lediglich ein neues Konzept von Öffentlichkeitsarbeit. Unter dem Begriff „Subvertisement“ (zusammengesetzt aus den Begriffen „subvert“ und „advertisement“) werden Bemühungen zusammengefasst, die die allgemeine Bekanntheit bestimmter Bilder, Logos und Marken – oder in diesem Fall eben der Tele-Shop-Verkaufssendungen – nicht einfach hinnehmen, sondern mit ihnen spielen, um dadurch auf bestimmte Probleme aufmerksam zu machen und sie einem kreativen Veränderungsprozess zu unterwerfen. Ob das gelingen wird, bleibt abzuwarten, aber einen Versuch ist es alle Mal wert.

Über weitere neue Konzepte von Öffentlichkeitsarbeit und Demonstrationen informiert das offene Webseiten-Projekt:

<http://kreativerstrassenprotest.twoday.net/>

FARC-Rebellen. Demnach habe die FARC mit Waffen – unter anderem 100 russische Flugabwehrraketen (MANPADS) vom Typ „Igla“ – im Wert von mehreren Millionen Dollar ihren Kokain-Handel schützen wollen. So die Anklageschrift der DEA (im Internet einsehbar unter:

<http://www.usdoj.gov/opa/pr/2008/March/bout-complaint.pdf>).

Die US-Behörde hat nun einen Auslieferungsantrag gestellt, ob diesem jedoch stattgegeben werden wird, ist noch offen. Entsprechende Verhandlungen sind zwar eröffnet worden, möglich ist jedoch auch die Ausweisung Bouts nach Russland. In Thailand kann Bout bis zu 86 Tagen in Untersuchungshaft bleiben.

## 4. Heckler & Koch: G36 auf den Philippinen

von Roman Deckert

Seit dem Sturz des Diktators Fernando Marcos im Jahr 1986 ist die philippinische Demokratie immer wieder durch gewalttätige Konflikte erschüttert worden. Im südlichen Teil der Inselrepublik kämpfen Regierungstruppen gegen muslimische Separatisten und kommunistische Rebellen. Dabei ist auch die Staatsmacht für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.

Amnesty International dokumentiert eine Vielzahl so genannter extra-judicial killings, willkürlicher Ermordungen, vor allem von linken Oppositionellen. In dieser Situation rüsten sich die staatlichen Spezialeinheiten mit dem modernen G36-Sturmgewehr von Heckler & Koch (H&K), wie Photos von Paraden und Übungen beweisen (siehe <http://i193.photobucket.com/albums/z138/lancero33/julho/60dcf384.jpg>).

Die Philippinen sind ein traditioneller Abnehmer von H&K-Waffen. Der G36-Vorgänger G3 ist laut Jane's Infantry Weapons noch immer eines der Standardgewehre der Armee, neben dem amerikanischen M16 und dem israelischen Galil. Der Ursprung dieser G3 ist unbekannt, womöglich stammen sie aus einer begrenzten Eigenfertigung. RIB-Vorstand Jürgen Grässlin zufolge ist es unstrittig, dass das Marcos-Regime eine Lizenz zur G3-Herstellung erhielt, über die ansonsten aber wenig bekannt ist. Aus einem Dokument der US-Botschaft von 1974 geht hervor, dass die Washingtoner Regierung die Produktion des M16 von Colt gegen die Konkurrenz von H&K durchsetzte.

Darüber hinaus bezogen die philippinischen „Sicherheitskräfte“ MP5-Maschinenpistolen aus verschiedenen Quellen. Amnesty International hat berichtet, dass die Pakistan Ordnance Factories 1999 Lieferungen aus eigener Lizenzherstellung an die Philippinen bekannt gaben. Eine detaillierte Reportage des „Manila Standard“ belegt den Kauf von MP5 aus englischer Fertigung. Diesen Umweg nutzte H&K systematisch, um die deutschen Exportbeschränkungen zu umgehen (siehe „Kenia: Krise und Kleinwaffen“ im Kleinwaffen-Newsletter 1/2008). Über korrupte Armee- und Polizeiangehörige sind zahlreiche dieser Waffen

auf den Schwarzmarkt gelangt. Ein Artikel des „Manila Standard“ vom März 2007 beleuchtet diese Problematik anhand eines Schmuggels von MP5 aus Beständen des „Metro Manila's Special Weapons and Tactics Team“ nach Taiwan. Nach Informationen des Small Arms Survey schätzt die philippinische Regierung selber die Zahl der illegalen Waffen auf mehrere Hunderttausend.

Trotz dieser alarmierenden Zustände hat der deutsche Staat in den vergangenen Jahren wiederholt die Ausfuhr von Kleinwaffen in das Krisengebiet erlaubt. 1999 wurden laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung Genehmigungen für Revolver und Pistolen im Wert von DM 260.000 sowie 2002 für Übungsschießgeräte erteilt. Zwischen 2004 und 2006 gaben die zuständigen Ministerien grünes Licht für 61 Gewehre, offenbar G36, und 67 Maschinenpistolen, bei denen es sich womöglich um den MP5-Nachfolger MP7 handelt. Hierbei handelte es sich offensichtlich um Testwaffen. Wahrscheinlich bezogen die philippinischen Streitkräfte größere G36-Kontingente von der ehemaligen Kolonialmacht Spanien, für die die Philippinen der wichtigste Verbündete in Südostasien sind. Diese Lieferungen machen offenbar nur einen Teil der philippinischen Käufe aus, wahrscheinlich stammen weitere Kontingente von der ehemaligen Kolonialmacht Spanien, für die die Philippinen der wichtigste Verbündete in Südostasien sind. H&K produziert das G36 nicht nur in Oberndorf, sondern auch in La Coruña zusammen mit der Waffenschmiede „General Dynamics Santa Bárbara Sistemas“. Derweil statten sich auch mehrere Nachbarstaaten mit den aktuellen H&K-Gewehren aus. Spezialeinheiten in Singapur und Thailand verfügen über G36, diejenigen in Malaysia und Indonesien außerdem noch über das neue HK416.

Nachdem die Region während des Kalten Krieges mit G3 und dessen Ableger HK33 hochgerüstet wurde, droht sich diese Entwicklung mit der jüngsten Generation von H&K-Modellen zu wiederholen. Es ist zu befürchten, dass die „Elitesoldaten“ hierbei nur die Vorhut bilden und bald auch reguläre Verbände entsprechend

bewaffnet werden. Die Bundesregierung unterstützt diese Länder im Kampf gegen den Terror, insbesondere seitdem die deutsche Familie Wallert im Jahr 2000 auf der malaysischen Insel Jolo durch philippinische Rebellen der islamistischen Abu-Sajaf-Gruppe entführt wurde. Gerade im Fall der Philippinen ist es jedoch angesichts der alarmierenden Menschenrechts-

lage unverantwortlich, durch Waffenlieferungen zur Eskalation der gesellschaftlichen Konflikte beizutragen.

*Roman Deckert ist Kleinwaffen-Analyst im Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) und Vorstandsmitglied des Rüstungs-Informationsbüros Freiburg i.Br. (RIB).*

## 5. Umstritten: der UN-Sicherheitsrat und das Waffenembargo gegenüber dem Kongo

Am 31.3.2008 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine neue Resolution über den Kongo (Resolution 1807 – im Internet unter: [http://www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_08/sr\\_1807.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_08/sr_1807.pdf)). Darin wird festgehalten, dass „die Anwesenheit bewaffneter Gruppen und Milizen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo“ ein Problem darstellt, das auf eine Lösung wartet; dass die dort „operierenden ruandischen bewaffneten Gruppen ohne weitere Verzögerung oder Vorbedingungen ihre Waffen niederlegen“ sollen, weil durch ihre Anwesenheit „in der gesamten Region weiter ein Klima der Unsicherheit herrscht“. Weiter stellt der Sicherheitsrat fest, dass „die Situation in der Demokratischen Republik Kongo nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt“, er verurteilt „den anhaltenden illegalen Zustrom von Waffen in die Demokratische Republik Kongo und innerhalb des Landes“ und bekundet seine Entschlossenheit die „Einhaltung des Waffenembargos und der anderen mit seinen Resolutionen betreffend die Demokratische Republik Kongo festgelegten Maßnahmen weiter genau zu überwachen“.

Nun ist es natürlich beeindruckend, dass der Sicherheitsrat gleichzeitig feststellen kann, dass illegale Waffen in den Kongo gelangen, und er beabsichtigt die Einhaltung seines bisherigen Waffenembargos „weiter genau zu überwachen“. Fast scheint es, als würde die Richtigkeit der von Control Arms herausgegebenen Studie „UN arms embargoes: an overview of the last ten years“, laut der „UN arms embargoes are also routinely and systematically violated“, vom Sicherheitsrat selbst bestätigt zu werden (im Internet unter:

[http://www.oxfam.org/en/files/report\\_UN\\_arms\\_embargoes\\_060316/download](http://www.oxfam.org/en/files/report_UN_arms_embargoes_060316/download);

eine deutsche Zusammenfassung findet sich unter:

[http://www.oxfam.de/download/BerichtUNWaffenembargo\\_dt.pdf](http://www.oxfam.de/download/BerichtUNWaffenembargo_dt.pdf)).

Noch befremdlicher scheint es jedoch, dass unter diesen Voraussetzungen das bisherige Embargo eingeschränkt wird: Während bisher ein grundsätzliches Waffenembargo galt, soll es künftig nur noch verboten sein, „nichtstaatlichen Einrichtungen und Personen, die im Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo operieren“, Waffen zu liefern. Waffenlieferungen an die Regierung der Demokratischen Republik Kongo sind künftig jedoch wieder erlaubt. Die entsprechenden Bestimmungen der Resolutionen aus den Jahren 2003 und 2005 werden aufgehoben.

Diese Entscheidung ist höchst problematisch, da das schon heute nicht mehr durchgesetzte Waffenembargo auf diese Weise weitere Schlupflöcher erhält: Da es seit 31.3.2008 nun prinzipiell erlaubt ist, alle Arten von Waffen in den Kongo zu liefern, wird es noch schwieriger werden, legale Lieferungen von illegalen Lieferungen zu unterscheiden. Wer in welchem Landesteil für sich in Anspruch nehmen darf, die Regierung zu vertreten, ist noch keineswegs geklärt. Und das fängt schon bei der Frage an, in welchem Verhältnis eigentlich die sogenannte Präsidentengarde („Garde Spéciale de Sécurité Présidentielle“) zur regulären Armee, den „Forces Armées de la République Démocratique du Congo“, steht. Und selbst wenn eine Waffenlieferung tatsächlich an die Regierung gerichtet sein sollte, ist der Endverbleib dieser Waffen damit noch nicht sicher gestellt. Die Diversion von Waffen aus Regierungsbeständen in den Schwarzmarkt scheint jederzeit möglich.

So kann man nur hoffen, dass künftige Waffenlieferungen in den Kongo die Situation in der gesamten Region nicht wieder destabilisieren.

Brüchig etwa scheint auch der Anfang April 5.4.2008 vereinbarte Friedensvertrag zwischen der Regierung Ugandas und den im Norden des Landes aktiven Rebellen der „Lord's Resistance

Army“. – Was passiert, wenn über den Kongo wieder Waffen und Munition in diese Region gelangen, ist keineswegs sicher.

## 6. Kleinwaffen und die Transformation der Bundeswehr

Was bedeutet „Transformation der Bundeswehr“? – Seit der Teilnahme der Bundeswehr am Kosovo-Krieg scheint den Verantwortlichen in Bundesregierung und Bundeswehr deutlich, dass eine Armee zur Landesverteidigung nicht ohne Probleme als weltweit agierende Interventionsarmee eingesetzt werden kann.

Nun, ein Jahrzehnt, ein Weißbuch zur Verteidigung und sehr viele Konferenzen und Planungspapiere später wird deutlich, dass nicht nur die künftigen Armeestrukturen grundsätzlich anders sein werden als in den vergangenen 50 Jahren, sondern dass dies auch eine Transformation der Rüstungsindustrie nach sich ziehen wird, die künftig weit flexibler auf den Bedarf der Streitkräfte an Waffen reagieren muss. – Mehr Flexibilität in Forschung und Entwicklung von neuen Waffen, eine größere Vielfalt der verwendeten Waffensysteme und kleinere Auftragsvolumen sind zu erwarten. – Die friedensethischen Probleme werden mit den Aufträgen jedoch leider nicht kleiner.

Natürlich könnte man es als Erfolg bezeichnen, dass das OICW-Programm der US-Armee im Jahr 2004 schließlich eingestellt wurde und die Zukunft der nachfolgenden Projekte – für die Sturmgewehr-Komponente war Heckler & Koch mit seinem XM8-Entwurf verantwortlich, für die Granatgerät-Komponente Alliant Techsystems mit seinem XM25-Entwurf – ungewiss ist. Doch was bedeutet das?

Im Vergleich zu „früher“ sind derzeit eine ganze Reihe von Waffentypen im Angebot, die in Anspruch nehmen, für jeweils sehr spezifische Kriegs- und Kampfsituationen geeignet zu sein. Statt den Soldaten eine einzige Standardwaffe an die Hand zu geben, wird heute Wert darauf gelegt, dass in jeder Gruppe von zehn Soldaten ganz verschiedene Waffen geführt werden, die in je spezifischer Weise eingesetzt werden sollen. Das Projekt „Infanterist der Zukunft“ (IdZ) der Bundeswehr verdeutlicht dies: Natürlich ist auch in diesem Fall das Sturmgewehr G36 (einschließlich des Granatwerfers AG36) von Heckler & Koch präsent, doch daneben kann auch ein leichtes Maschinengewehr – das MG 4 von

Heckler & Koch –, die Panzerfaust 3 von Dynamit Nobel Defense oder die MP7 von Heckler & Koch verwendet werden, wie auch auf die Scharfschützengewehre G22 und G82 zurückgegriffen werden kann. Auch die mittlerweile erfolgte Wieder-in-Dienst-Stellung des Sturmgewehrs G3 wird in diesem Zusammenhang verständlich.

Die Zukunft der Bewaffnung nicht nur deutscher Soldaten wird also „modular“ sein. Die belgische Firma FN Herstal hat in diesem Zusammenhang bereits vor einigen Jahren einen bahnbrechenden Entwurf vorgelegt, das FN 2000. Von außen betrachtet handelt es sich dabei um ein normales Sturmgewehr, doch kann es – je nach Bedarf – mit einem anderen Lauf versehen werden, aus dem dann Munition in einem anderen Kaliber verschossen werden kann. Je nach Einsatzszenario des Schützen solche mit einer großen Reichweite oder einer, die große Wunden verursacht und schnell tötet.

Auch die kostengünstige Einführung ganz neuer Kaliber, wie etwa des Kalibers 6,8 SPC, ist denkbar, da nicht mehr der komplette Bestand an Sturmgewehren ausgewechselt werden muss, sondern für einen bestimmten Einsatz eine bestimmte Anzahl von Wechselsystemen zeitnah beschafft werden kann.

Große Beschaffungsprojekte gehören damit wohl eher der Vergangenheit an. Die Beschaffungsprojekte der Zukunft werden wohl noch unscheinbarer aussehen, als sie es ohnehin schon tun, da nicht mehr 300.000 Sturmgewehre desselben Typs benötigt werden, sondern weniger – dafür aber unterschiedliche Waffen. In dieser Hinsicht wird es noch schwieriger werden, gegen entsprechende Ausgaben zu argumentieren, obwohl sich nichts daran ändert, dass mit dieser Effizienzsteigerung nichts anderes optimiert wird als das Töten.

Im Gegenzug ist zu erwarten, dass parallel zum Schrumpfen der Auftragsvolumina die Kosten der Industrie für Forschung und Entwicklung steigen werden, da es nicht mehr nur genügt einen Gewehr-Typ zu entwickeln, der dann tausendfach produziert und verkauft wird,

sondern ganze Waffen- und Systemfamilien, die in kleineren Auflagen produziert und entwickelt werden. Es bleibt abzuwarten, was das für den Rüstungsexport bedeutet, der ja schon immer ein

## 7. Keine Glock-Pistolen mehr in den Irak?

Nicht nur die Vergabe eines Auftrages der US-Armee an das europäische Konsortium EADS für die Bereitstellung und Wartung von Tankflugzeugen sorgt derzeit für Kritik an der Vergabepolitik der Beschaffungsbehörden. Im Zusammenhang mit der Ausrüstung der irakischen Sicherheitskräfte ist auch die Finanzierung des Ankaufs von Pistolen im Kaliber 9x19 mm der Firmen Glock (Österreich) und Beretta (Italien) kritisiert worden. In Abschnitt 1534 des National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2008 (Senate Report 110-077) wird zu bedenken gegeben, dass „U.S. manufacturers should not be excluded from competing for contracts funded by the American taxpayers for procurement of small arms supplied to Iraq and Afghanistan“ (vgl. im Internet unter:

[http://thomas.loc.gov/cgi-bin/cpquery/?sel=DOC&item=&r\\_n=sr077&&r\\_n=sr077&&dbname=cp110&&sid=cp110](http://thomas.loc.gov/cgi-bin/cpquery/?sel=DOC&item=&r_n=sr077&&r_n=sr077&&dbname=cp110&&sid=cp110)

## 8. Neues aus der Schweiz – ein Leserbrief von Heinrich Frei

Trotz der Ermordung von Benazir Bhutto werden die Schweizer Waffenlieferungen nach Pakistan fortgesetzt. Was muss in Pakistan noch passieren, damit kein Kriegsmaterial mehr in dieses Land verkauft wird? Ein atomarer Schlagabtausch mit Indien? Pakistan und Indien haben den Atomwaffensperrvertrag bisher nicht unterzeichnet.

Auch das Kleingedruckte ist in Zeitungen wichtig. Zu lesen war: „Wieder freigegeben hat der Bundesrat die sistierte Lieferung von Flugabwehrsystemen, nach Pakistan“. Sie erinnern sich vielleicht: Der Bundesrat bewilligte seinerzeit der Firma Oerlikon-Contraves die Lieferung von 21 Fliegerabwehrsystemen mit Granaten nach Pakistan, im Werte von 136 Millionen Schweizer Franken. Die Auslieferung wurde im letzten Jahr dann gestoppt. – Oerlikon-Contraves ist heute im Besitze des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall, nicht mehr im Besitze der Familie Bühle. – Nach der Ermordung von Benazir

Feld gewesen ist, um Entwicklungskosten der Rüstungsindustrie auszugleichen. – Wohl nichts Gutes!

[kVdZb&&refer=&&&db\\_id=cp110&&hd\\_count=&\)](http://www.rib-ev.de/daks/newsletter-08-07.pdf).

Welche Auswirkungen dieser Beschluss auf künftige Beschaffungsvorhaben haben wird, bleibt abzuwarten. Das US-amerikanische Verteidigungsministerium habe insgesamt fünf Lieferungen solcher Waffen zugesichert, der genaue Zeitpunkt wie auch der Umfang der Lieferungen seien dabei offen gelassen und bedarfsabhängig. Bisher sind erst drei entsprechende Lieferungen erfolgt.

Da jedoch ein Großteil (rund 80.000) der in den Jahren 2006 und 2007 in den Irak gelieferten Pistolen gestohlen bzw. verschwunden sind (vgl. dazu auch:

<http://www.rib-ev.de/daks/newsletter-08-07.pdf>), scheint es nur wahrscheinlich, dass bald weitere Lieferungen erwogen werden. Welche Produzenten dann zum Zuge kommen werden, ist noch unklar.

Bhutto am 27. Dezember im letzten Jahr scheint sich die Lage im menschenverachtenden Atomwaffenstaat Pakistan für die Bundesrätinnen und Bundesräte beruhigt zu haben, so dass man diesem Regime wieder Kriegsmaterial liefern kann. Berichte von Amnesty International über die desolate Menschenrechtslage in Pakistan ignoriert Bern. Auch die Kämpfe an der Grenze zu Afghanistan scheinen den Bundesrat nicht zu stören. – Zuerst kommen die Geschäfte, dann die Menschenrechte, ist die Parole im Bundeshaus. – Der Imagepflege der neutralen, humanitären Schweiz im Ausland, für die viel Geld ausgegeben wird, sind Waffenexporte, jedoch gelinde gesagt „eher“ nicht dienlich.

Pakistan hätte alles andere nötig als Schweizer Kanonen und Granaten. Laut dem CIA Factbook können in Pakistan nur 49,9 Prozent der Menschen ab dem 15. Altersjahr lesen und schreiben, und nur 36 der Prozent der Frauen. Laut diesem Factbook ist Pakistan ein verarmtes,

unterentwickeltes Land, das seit Jahrzehnten unter internen Konflikten leidet und sich mit seinem Nachbarland Indien kostspielige Konflikte lieferte.

Durch die Lieferung von Kriegsmaterial nach Pakistan wird das Kriegsmaterialgesetz und die Kriegsmaterialverordnung krass verletzt, auch die Neutralität unseres Landes bleibt auf der

Strecke. [...] Heute verkauft unser Land mit dem Segen von Bern Kriegsmaterial an die USA, Großbritannien und Nato-Staaten, die in Afghanistan und im Irak Krieg führen, und in Länder, in denen Menschen hungern. – Thema in Helvetien ist jedoch die Jugendgewalt: Schon Kinder ab 14 Jahren wollen Politikerinnen und Politiker hart anfassen, in Zukunft sogar einsperren lassen [...].

## Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination  
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)  
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088  
E-Mail: [rib@rib-ev.de](mailto:rib@rib-ev.de)  
Web: [www.rib-ev.de/daks](http://www.rib-ev.de/daks)

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Frankfurt
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber.

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind der DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer“ (angesiedelt beim RüstungsInformationsBüro RIB e.V.) und



Friedenszentrum  
Braunschweig

